

Faktenblatt

Eidgenössische Volksinitiative 'Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)'

Worum geht es?

Die Eidgenössische Volksinitiative 'Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)' wurde von der SVP am 3. April 2024 mit den nötigen gültigen Stimmen eingereicht. Gemäss dem Initiativtext darf die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz die Schwelle von zehn Millionen Menschen vor dem Jahr 2050 nicht überschreiten. Bund und Kantone sollen zudem Massnahmen ergreifen, um eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung insbesondere zum Schutz der Umwelt und im Interesse der dauerhaften Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, der Leistungsfähigkeit der Infrastrukturen, der Gesundheitsversorgung und der Sozialversicherungen zu gewährleisten. Zur ständigen Wohnbevölkerung sollen alle schweizerischen Staatsangehörigen mit einem Hauptwohnsitz in der Schweiz sowie alle ausländischen Staatsangehörigen mit einem Aufenthaltstitel für mindestens zwölf Monate oder mit einer Aufenthaltsdauer in der Schweiz von mindestens zwölf Monaten zählen. Überschreitet die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz vor dem Jahr 2050 neun Millionen Menschen, so müssen Bundesrat und Parlament Massnahmen ergreifen, insbesondere in Asylbereich und beim Familiennachzug. Weiter muss der Bundesrat Neuverhandlungen von bevölkerungswachstumstreibenden internationalen Übereinkommen anstreben oder die Aushandlung von Ausnahme- oder Schutzklauseln anstreben bzw. solche anrufen. Nach einer zweijährigen Überschreitung der Zehn-Millionen-Schwelle ist gemäss Initiativtext das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU zu kündigen. Dies sofern bis dahin keine Ausnahme- oder Schutzklauseln ausgehandelt oder angerufen werden konnten, mit denen die Einhaltung des Schwellenwertes wieder erreicht wird.

Die Mitte-Fraktion war im Parlament der Ansicht, dass die Volksinitiative ein Thema aufgreift, das viele Menschen in der Schweiz beschäftigt. Die starre Bevölkerungsschwelle der Volksinitiative und der damit verbundene Automatismus zur Kündigung der Personenfreizügigkeit lehnte die Mitte-Fraktion jedoch ab. Stattdessen wollte die Mitte-Fraktion der Volksinitiative einen direkten Gegenentwurf auf Verfassungsebene gegenüberstellen. Ein solcher fand jedoch keine Mehrheit in der Bundesversammlung.

Das sagt das Initiativkomitee

Bevölkerungswachstum überlastet Infrastruktur

Viele Menschen erleben im Alltag, dass die Strassen verstopft und Züge überfüllt sind. Auch Wohnraum wird knapper und teurer. Die Volksinitiative will dem von der Zuwanderung getriebenen Bevölkerungswachstum rechtzeitig Grenzen setzen. Dank der Volksinitiative soll die Kontrolle über die Zuwanderung wiedererlangt werden.

Zersiedelung und Verlust von Naturflächen

Die Schweiz ist ein kleines Land mit begrenzter Fläche. Je mehr Menschen hier leben, desto mehr wird gebaut, zubetoniert und verdichtet. Die Natur und die Biodiversität leiden darunter. Die Natur als Lebens- und Erholungsraum gehen verloren. Und es verschwinden nicht nur Grün-, sondern auch landwirtschaftliche Flächen. Dies gefährdet die Versorgungssicherheit mit einheimischen Lebensmitteln.

Zuwanderung in den Sozialstaat

Die Arbeitslosigkeit von Zuwanderern ist höher als bei Schweizer Arbeitnehmern – dies sogar bei Personen aus dem EU/EFTA-Raum. Auch der Anteil der Sozialhilfebeziehenden ist deutlich höher als bei Schweizer Staatsangehörigen, vor allem bei Personen aus dem Asylbereich. Die starke Zuwanderung schadet folglich unseren Sozialwerken.

Verlust von Kultur und Identität

Der Anteil der ausländischen Bevölkerung nimmt stetig zu. In den Schulen gibt es immer weniger Schweizer Kinder. Eine zu schnelle Bevölkerungszunahme überfordert die Integration. Als Folge davon entstehen Spannungen, Parallelgesellschaften und schliesslich der Verlust an Zusammenhalt.

Das sagen die Gegner der Volksinitiative

Die Initiative ist zu starr und nimmt künftigen Generationen Handlungsspielraum

Die Volksinitiative will eine fixe Bevölkerungsobergrenze in die Verfassung schreiben und koppelt daran automatische Massnahmen. Statt flexible Lösungen für die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen oder auch geopolitischen Entwicklungen zu ermöglichen, würde eine Annahme der Volksinitiative den politischen Handlungsspielraum stark einschränken.

Automatismus gefährdet den bilateralen Weg

Die Volksinitiative setzt den bilateralen Weg der Schweiz aufs Spiel, ohne eine Alternative zu bieten. Gerade in global unsicheren Zeiten ist es für die Schweiz unverzichtbar, stabile Beziehungen zum wichtigsten Handelspartner zu haben. Weiter hätte eine Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens voraussichtlich auch negative Auswirkungen auf andere Abkommen wie Schengen/Dublin. Dies hätte einerseits wirtschaftliche Konsequenzen, aber auch Folgen für die innere Sicherheit.

Initiative verschärft den Fachkräftemangel

Die Schweiz ist in vielen Bereichen auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen, etwa im Gesundheitswesen, in der Pflege, in der Gastronomie, in der Landwirtschaft oder im Baugewerbe. Fällt das Personenfreizügigkeitsabkommen weg, wird es für Unternehmen noch schwieriger, qualifizierte Arbeitskräfte zu finden.

Keine Ausnahmen vorgesehen

Die Volksinitiative sieht keine flexible Ausnahme für ausserordentliche internationale Krisen vor. Eine starre Bevölkerungsobergrenze führt dazu, dass humanitäre Verpflichtungen und internationale Verantwortung nicht mehr wahrgenommen werden können.

Empfehlung

Der Ständerat empfiehlt die Volksinitiative mit 30 zu 9 Stimmen bei 5 Enthaltungen zur Ablehnung. Der Nationalrat empfiehlt die Volksinitiative mit 123 zu 67 Stimmen bei 6 Enthaltungen zur Ablehnung. Die Mitte-Fraktion empfiehlt die Vorlage mit 30 zu 3 Stimmen bei 11 Enthaltungen zur Ablehnung.